

Bern, 16. September 2014

Medienmitteilung

Die FDP will eine eigenverantwortliche Umweltpolitik der Unternehmen

Nein zur Volksinitiative "Grüne Wirtschaft" sowie zum indirekten Gegenvorschlag

Die FDP-Liberale Fraktion hat sich heute einstimmig gegen die Volksinitiative "Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)" ausgesprochen. Den Grundgedanken der Initiative teilt die FDP-Liberale Fraktion. Ihre Umsetzung liefe jedoch in die falsche Richtung und würde lediglich mehr Steuern, Regulierungen und Bürokratie schaffen. Zentral ist für die FDP, dass die Unternehmen eigenverantwortliche Lösungen realisieren können und dass echte Anreize in der Umwelt- und Klimapolitik entstehen, wie durch die von der FDP unlängst vorgestellte CO₂-Lenkungsabgabe, welche den verminderten CO₂-Ausstoss belohnt.

FDP. Die Liberalen setzt sich für eine ressourcenschonende Wirtschafts- und Verbrauchsweise ein. In der aktuellen Session wird der Ständerat die sogenannte "Grüne Wirtschaft"-Initiative diskutieren. Auch wenn die FDP-Liberale Fraktion das Anliegen der Initianten teilt, die durch die Nutzung natürlicher Ressourcen bedingte Umweltbelastung zu reduzieren, stellt sie jedoch klar: Es braucht keine weitere Verschärfung der bestehenden Gesetze.

Die Ressourceneffizienz soll mit Blick auf Schweizer Wirtschaft, Bevölkerung und zukünftige Generationen möglichst hoch sein. Durch die bestehenden, hohen Standards im Umweltbereich ist es in den letzten Jahrzehnten jedoch gelungen, in vielen Bereichen grosse Fortschritte zu machen, so zum Beispiel bei Gewässer- oder Luftqualität. Statt neuer bürokratischer Hürden infolge einer Verschärfung fordert die FDP, dass eigenverantwortliches, ressourceneffizientes Wirtschaften ermöglicht wird.

Die Initiative strebt nach Planwirtschaft

Die Initiative für eine "Grüne Wirtschaft" wird von der FDP-Liberale Fraktion einstimmig abgelehnt, da sie den Bürgern und Unternehmen via Planwirtschaft neue Steuern und Abgaben für den Verbrauch von Ressourcen aufbürden will. Weiter plant sie eine staatliche Sensibilisierungskampagne und eine staatliche Industriepolitik – dies alles anstatt weiterhin auf den Erfolg der unternehmerischen Innovation und Eigenverantwortung zu setzen, wie es bis anhin getan wurde.

Die Wirtschaft hat selbst ein Interesse daran, die Nachhaltigkeit der natürlichen Ressourcen zu sichern und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Aus diesem Grund hält die FDP-Liberale Fraktion die Revision des Umweltschutzgesetzes als indirekten Gegenvorschlag zu dieser Initiative ebenfalls für unnötig. Wir müssen die Freiheit unserer Wirtschaft sichern und dadurch Fortschritt ermöglichen statt neue Hürden für die Unternehmen zu errichten. Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakt:

- › Gabi Huber, Präsidentin FDP-Liberale Fraktion, 076 331 86 88
- › Georges Theiler, Ständerat, 076 491 74 49
- › Pia Guggenbühl, Kommunikationschefin, 079 566 60 10
- › Aurélie Haenni, Pressesprecherin Westschweiz, 079 315 78 48